

## **Wider die Verschwendung von Grips und Geld**

### **Überlegungen zur Frage: Wie sollten die Geisteswissenschaften gefördert werden?**

**Für die natur- und technikkwissenschaftliche Forschung wird viel, für die geisteswissenschaftliche Forschung wird weniger, aber auch nicht wenig Geld ausgegeben. Werden die Forschungsmittel für die Geisteswissenschaften jedoch auch in vernünftiger Weise vergeben?**

Die politischen Systeme in Europa scheinen von einer Bildungseuphorie erfasst zu sein. In Deutschland wird eine «Exzellenzinitiative» ausgelobt, die Schweiz und die EU heben ihre Bildungsausgaben (allerdings unterschiedlich) deutlich an. Allenthalben ist klar: Bei Bildung und Forschung darf nicht gespart werden. Das ist löblich. Fragt man aber, weshalb dort denn eigentlich nicht gespart werden dürfe, dann zeigen sich Anzeichen, die diese Euphorie trüben können. Bildung und Forschung werden in der Regel nicht um ihrer selbst - um der Freiheit der Wissenschaft - willen gefördert, wie es die Universitäten von ihrer Tradition her gewohnt wären, sondern weil von ihnen die zukünftige wirtschaftliche Prosperität Europas unmittelbar abhängt.

#### **«Info-Nano-Bio»**

Nun könnte man argumentieren, dass es den Universitäten gleichgültig sein könne, aus welchen Gründen und Motiven sie gefördert werden, solange sie nur gefördert werden. Dieses opportunistische Argument ist zwar bis zu einem gewissen Grad nachvollziehbar, aber die hinter der Unterstützung der Universitäten stehenden Gründe wirken sich - je länger, je mehr - auf die Art und Weise, wie sie gefördert werden, aus; und dieser Prozess verlangt eine kritische Reflexion. Immerhin geht es um die Allokation beträchtlicher öffentlicher Mittel.

Der keineswegs illegitime Subtext der Bildungsförderung, jedenfalls im Hochschulbereich, lautet im Insiderjargon «Info-Nano-Bio». Hier geben sich Wissenschaft, Wirtschaft und Politik die Hand. Es sind im Wesentlichen die Naturwissenschaften, aufgrund deren sich die Universitäten ungebrochener finanzieller Zuwendung erfreuen können. Davon profitieren im kulturbewussten Europa, zumindest in einer diskutablen Proportionalität, auch die Geisteswissenschaften. Das ist erfreulich. Nur: Sie werden oft so gefördert, als wenn sie Naturwissenschaften wären. Finanziert werden Graduiertenschulen, Forschungsgruppen, «Exzellenzcluster», Kompetenzzentren, und zwar auf Antragstellung. Im Rahmen eines kompetitiven Auswahlverfahrens wird dann dieses oder jenes Projekt bewilligt.

Nun entbehrt dieses System nicht der Logik, und es hat auch in den Geisteswissenschaften einiges bewegt: Konvergenzen zwischen vergleichbaren Fragestellungen unterschiedlicher Disziplinen wurden sichtbar, Promovierende sind in interdisziplinäre Diskursgemeinschaften eingebunden worden; die Antragstellenden waren gehalten, sich zu überlegen, wo sich neue wissenschaftliche Netzwerke ergeben können oder sollen. Die Geisteswissenschaften sind insgesamt kommunikativer und interdisziplinärer geworden.

Doch die Förderung der Geisteswissenschaften ist optimierbar. Bei den bisherigen Massnahmen haben sich vor allem die folgenden Probleme gezeigt: Erstens wird vorrangig kollektive Forschung gefördert. Um Geld zu erhalten, muss der Antragsteller eine Forschergruppe repräsentieren oder ein Graduiertenkolleg, oder man muss eine Doktorandenschule einrichten wollen. Natürlich können solche kollektiven Organisationsformen, die vor allem in der naturwissenschaftlichen Forschung eine wichtige Rolle spielen, auch in den Geisteswissenschaften Resultate hervorbringen. Gleichwohl bleibt zu bedenken, dass die Geisteswissenschaften ihre bedeutendsten Fortschritte bisher durch individuelle Forschung erzielt haben. Die wichtigste Ressource für diese Art von Forschung ist Zeit. Sie kostet auch Geld, denn die Forschenden müssen für bestimmte Zeitspannen aus ihren akademischen Verpflichtungen «herausgekauft» werden. Diese Forschungsförderung ist, zumindest in der Schweiz, noch kaum institutionalisiert worden. Gerade im vielzitierten Vergleich mit den USA besteht an diesem Punkt für europäische Geisteswissenschaften Aufholbedarf, wenn sie in den globalen kulturellen Diskursen weiterhin mit Gewicht mitreden wollen.

Zweitens: Es ist richtig, dass Forschungsgelder, wie dies bisher vorrangig vorgesehen ist, auch in kompetitiven Auswahlverfahren verteilt werden, die über Anträge laufen. Dieses Vorgehen kann mitunter allerdings eher feudale als demokratische Züge tragen. Es ist aber vor allem dann kritisch zu prüfen, wenn ein ansehnlicher Anteil dessen, was ein Geisteswissenschaftler schreibt, Antragsprosa ist - seinen wissenschaftlichen Publikationen kann er sich so immer weniger zuwenden. An ihre administrativen Grenzen stossen die Geisteswissenschaften vor allem, wenn sie aus den europäischen Geldtöpfen schöpfen wollen. Die teuer erkaufte Beteiligung der Schweiz an der Forschungsförderung der EU mag für die Naturwissenschaften unerlässlich sein, für die Geisteswissenschaften ist das damit verbundene Prozedere oft eine Zumutung: Hundertseitige Anträge sind keine Seltenheit, das Vorgehen ist von einer solchen Komplexität, dass diese Mittel einem esoterischen Zirkel von Eingeweihten vorbehalten bleiben.

### **Wettbewerb und Bürokratie**

Weiter kostet die Verwaltung dieser Anträge einiges an Geld, das so nicht in die Forschung fliessen kann. Deshalb benötigen geisteswissenschaftliche Professuren eine solide Grundausstattung, die es ihnen ermöglicht, ohne aufwendige Antragsverfahren gute Forschung zu betreiben. Diese Grundausstattung ist im Übrigen, gemessen an naturwissenschaftlichen Standards, nicht sehr teuer. Forschungsförderung darf und soll auch kompetitiv sein, wenn sie aber statt der Stimulierung des Wettbewerbs in beträchtlichem Ausmass der Finanzierung der Verwaltung von Forschung und von Antragsarbeit dient, dann sind diese Mittel nicht optimal eingesetzt.

Drittens: Naturwissenschaften sind technisch verwertbar, deshalb können Forschungsprogramme anwendungsorientiert ausgeschrieben werden. Dies geschieht mehr und mehr auch für die Geisteswissenschaften. Natürlich lassen sich auch geisteswissenschaftliche Erkenntnisse politisch, sozial oder ökonomisch verwerten. Doch geisteswissenschaftliche Forschung muss, wenn sie ihre erkenntnisfördernden und kritischen Funktionen voll entfalten will, frei sein - wie dies übrigens auch in beträchtlichem Mass für die Naturwissenschaften gilt. Das heisst: Geisteswissenschaften benötigen - zusätzlich zu anwendungsorientierten Programmen - vermehrt nicht zielgebundene Beiträge, gerade wenn sie die geistige und kulturelle Zukunft der Welt mitgestalten sollen.

### **Erweiterte Palette**

Viertens: Geisteswissenschaftliche Förderung ist vor allem für den wissenschaftlichen Nachwuchs erhältlich. Es ist richtig, hierfür Geld einzusetzen. Auf Kosten des wissenschaftlichen Nachwuchses darf nicht gespart werden, denn er ist das akademische Potenzial der Zukunft. Es gibt aber spezifische Probleme in den Geisteswissenschaften, die nicht sinnvollerweise durch Projekte bearbeitet werden können, die gleichzeitig akademische Qualifikationsschriften hervorbringen sollen, sondern eine fortgeschrittene Professionalisierung und wissenschaftliche Erfahrung voraussetzen.

Die Palette geisteswissenschaftlicher Förderung ist deshalb zu erweitern: Sie sollte Einzelnen zusätzliche Forschungsfreiräume ermöglichen; sie sollte neben der anwendungsorientierten Forschung stärker noch als bisher die freie Forschung berücksichtigen; sie sollte ihre Mittel nicht ausschliesslich auf dem Antragswege (und durch entsprechende Bürokratien) vergeben; und sie sollte auch vermehrt Projektmöglichkeiten für etablierte Forschende vorsehen. Sind diese Forderungen mehr als nur ein etwas zu ausführlich geratener vorweihnachtlicher Wunschzettel der Geisteswissenschaften? Dazu ist zu bemerken: Auch in die Geisteswissenschaften fliesst viel Geld, es ist schade um jeden Franken, der keine sachgemässe Verwendung findet. Und: «Info-Nano-Bio» wird uns wirtschaftlich weiterbringen. Doch wer wird uns geistig weiterbringen?

Konrad Schmid

Der Verfasser ist Professor für alttestamentliche Wissenschaft an der Universität Zürich und derzeit Member in Residence am Center of Theological Inquiry in Princeton, USA.

**Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:** <http://www.nzz.ch/2006/12/01/fe/articleEN7FH.html>